

JUGEND

Niveaulimbo 2010

Christiane Walerich

Jugendliche sind konsumorientiert, kaum engagiert und politisch demotiviert? Das stimmt sicher nicht. Allerdings scheint die junge Generation im klassischen Sinne weniger aktiv zu sein. Schuld daran sind auch gesellschaftliche Bedingungen.

Ein 16-Jähriger wurde kürzlich von der niederländischen Polizei in Zusammenhang mit den Hacker-Angriffen von Wikileaks-Unterstützern festgenommen. In Frankreich gingen Schüler und Studenten noch vor einigen Wochen auf die Straße, um gegen die umstrittene Rentenreform zu protestieren. In London demonstrierten junge Erwachsene sogar gewaltlos gegen die massive Erhöhung der Studiengebühren.

So gleichgültig, konsumbesessen und desinteressiert an Politik, wie es die verbreitete Überzeugung ist, scheint die junge Generation also nicht zu sein. Auch wenn ein großer deutscher Wörterbuch-Verlag das Wort « Niveaulimbo » 2010 zum Jugendwort des Jahres gekürt hat. Ein Wort, das - ausgehend von den Begriffen « Niveau » und dem Partytanz „Limbo“ - ein stetiges Absinken des Niveaus bezeichnen soll.

In Luxemburg liegt die letzte große politische Kundgebung von Jugendlichen schon eine Weile zurück. Auch durch Aktivitäten bei Nichtregierungsorganisationen oder im sozialen Be-

reich tun sie sich nicht gerade hervor. Engagiert scheint die junge Generation dennoch - wenn auch weniger im klassischen Sinne. Das lassen zumindest Untersuchungen vermuten, die kürzlich von der Uni Luxemburg durchgeführt wurden. Eine Umfrage (Siehe Interview S. 15) bei rund 800 SchülerInnen der Abschlussklassen klassischer und technischer Lyzeen zum Thema Nachhaltigkeit ergab, dass die meisten SekundarschülerInnen politische Handlungsmacht nicht so sehr (60 Prozent) in der öffentlichen Sphäre (Unterschriftenaktion und Demonstration), sondern überwiegend (90 Prozent) im privaten Bereich (Energiesparen, Kauf von Fair-Trade-Produkten, sanfte Mobilitätsformen) gegeben sehen.

„Fast europaweit zeigen sämtliche Jugendstudien, dass die Beteiligung von Jugendlichen an den klassischen Beteiligungsinstitutionen - sprich Gewerkschaften und Parteien - zurückgeht“, meint dazu auch Christof Mann, Leiter der Jugendabteilung der Stadt Luxemburg. „Außerdem gibt es Hinweise darauf, dass sie auch schichtspezifisch abnimmt.“ Dennoch sei es problematisch, Jugendlichen generell Politikverdrossenheit zu unterstellen. Vordergründig könne man aber sagen, dass es den Jugendlichen heute zu gut gehe: „Wir leben in einer Gesellschaft, die sich ganz zum Event hin orientiert“, stellt Mann fest. Da sei ein Widerspruch festzuhalten.

Denn einerseits verlange die Gesellschaft von den Jugendlichen, jederzeit bereit zu sein, Neues aufzunehmen, uneingeschränkt mobil zu sein. Auch im Arbeitsleben werde Flexibilität erwartet. Diese hochgradige Flexibilität und Mobilität vertrage sich jedoch schlecht mit dem Wesen der politischen Arbeit. „Politisches Engagement erfordert eine lange Vorbereitung, einen langen Atem, eine Bereitschaft zur stetigen Investition - das ist nicht das, was in der Gesellschaft vorgelebt wird“, erläutert Mann. Weiter müsse für die Jugendlichen klar sein, worin der Mehrwert ihrer Beteiligung besteht und welche die Verantwortungsbereiche sind, die man ihnen überträgt. „Und hier hat sich der soziale Bereich in den letzten Jahren sehr stark verändert“, In den 1960ern sind alte Strukturen aufgebrochen, und es gab Potentiale für eine Neugestaltung. In diese Bresche sind die Jugendlichen gesprungen. Heute dagegen ist fast alles geregelt, es gibt gesetzliche Normen zu allem Möglichen“.

Kaum Entscheidungsfreiheit

Ein autonom geführtes Jugendhaus sei heutzutage undenkbar, da alles professionalisiert wurde: Rauchen und Alkohol seien verboten, Aspekte des Feuerschutz- und der Sicherheit müssten berücksichtigt werden. „Alles das hat im Einzelnen seine Berechtigung. Wenn man aber die

Wirkung dieser Maßgaben betrachtet, stellt man fest, dass sie die Freiheit erheblich einschränken“, konstatiert Mann. Viele Sozialarbeiter in den Jugendhäusern beschwerten sich heute darüber, dass die Jugendlichen sich nicht mehr beteiligten und nur noch eine Konsumhaltung hätten. Aber: „Welche Freiheiten bestehen denn noch? Ob die nächste WiiBox in rot oder blau angeschafft werden soll, dafür wird sich kein Teenager längerfristig in einer Hausvertretung engagieren“, meint der Jugendexperte, der seit acht Jahren für die Qualitätssicherung in den Jugendhäusern der Stadt Luxemburg und die Jugendfreizeit im weitesten Sinne zuständig ist. So unterstehen der Stadt Luxemburg neben den regelmäßig organisierten Jugendforen zwei Clubs des Jeunes und sieben Jugendhäuser. Demnächst soll in Bonneweg ein weiteres Jugendzentrum entstehen. Ziel ist, dass die einzelnen Häuser sich über die Stadtteile hinaus in den verschiedenen Bereichen spezialisieren, also zum Beispiel Projekträume für Tanz oder Musik einrichten. „Die größte Herausforderung ist, den Jugendpopulationen, die in der Stadt wohnen, aber auch denen, die hierher zur Schule kommen, gerecht zu werden und nah genug am Puls der Zeit zu sein“, so Mann.

Die Jugendlichen sind mittlerweile eine intensiv umworbene Zielgruppe. Dabei ist ihre Freizeit zu einer knap-

„People try to put us d-down,
Just because we get around,
Things they do look awful c-c-cold,
I hope I die before I get old“,
hieß es in dem Song „My Generation“
von The Who. Einer der bedeutendsten
englischen Rockbands der 1960er
Jahre und die „Radau-Combo“
der Mod-Bewegung. Und heute?
Auch heute kommt die Jugend herum.
Sie stützen sich stark auf informelle
Gruppen und Cliques und möchten
sich nicht gerne in verkrustete
Strukturen einfügen.



FOTO: FLICKR | BRIZLE BORN AND BRED

pen Ressource geworden. „Heute hat ein Jugendlicher im Gymnasium zweimal in der Woche Musikschule, dann noch einmal Sport, und im übrigen die Hausaufgaben - das ist ein Full-timejob“, betont Mann. Die Beanspruchung durch die Schule lasse vielen Jugendlichen kaum Zeit, sich zu informieren, was aber eine elementare Voraussetzung für das Entstehen politischen Interesses sei. Zudem haben die Aktivitäten der verschiedenen Träger - vom Service Nationale de la Jeunesse über die Philharmonie, den Guides a Scouten und anderen - enorm zugenommen. Nicht zu vergessen die Nichteinigungsorganisationen, die ebenfalls um Nachwuchs buhlen. „Wir haben heute nicht die Situation, dass zu wenig gemacht wird, sondern dass zu wenig Klienten da sind für die Vielzahl der Projekte“, so Mann. Wichtig sei für die Stadt Luxemburg, die Integration der verschiedenen Gruppen voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass keine den Anschluss verliert. Gerade Letzteres stelle ein großes Problem dar, denn wie Jugendumfragen gezeigt hätten, existierten in der Stadt Luxemburg mindestens drei verschiedene Jugendpopulationen, die sie mit ihren Angeboten erreichen will: Einerseits gebe es die Luxemburger, die in ihrer Freizeit stark in Vereinen engagiert sind und hier auch Netzwerke haben (Scouten, Sportvereine, Kulturvereine, Club des Jeunes). Dann gebe es die Jugendlichen von

EU-Durch- und Einwanderern. „Diese bekommen wir mit den städtischen Freizeit-Netzwerken kaum zu fassen, da sie größtenteils auf ihre eigenen Infrastrukturen zurückgreifen oder in kommerziellen Freizeitstrukturen unterwegs sind, und daher keinen Bedarf anmelden“. Anders gelagert sei die Situation der Jugendlichen von Arbeiterzuwanderern aus Kap Verde oder dem ehemaligen Jugoslawien. Diese brächten bildungsmig im Allgemeinen deutlich schlechtere Voraussetzungen mit. Angehörige dieser Gruppe treffe man oft in den Jugendhäusern an.

Freizeit als knappe Ressource

„Die Stadt hat daraus den Schluss gezogen, dass man die Jugendhäuser ausbauen muss, da sie eine Freizeitform sind, die stark von diesen Jugendlichen frequentiert wird“, erklärt Mann. Ziel sei hier, einen Ring von Jugendkulturarbeit zu schaffen, um so die Isolierung der verschiedenen Jugendgruppen aufzubrechen. Gerade in den Jugendhäusern bestehe die Möglichkeit, unterstützende Maßnahmen anzubieten, die auch auf die Besonderheiten dieser Gruppen eingehen und die Jugendlichen auf diese Weise an Teilhabe und Mitwirkung heranführen.

Hellmut Willems, wissenschaftlicher Leiter einer Forschergruppe des Jugendforschungsinstituts „Centre

d'études sur la situation des jeunes en Europe“ (CESIJE) der Uni Luxemburg, die den diesjährigen Jugendbericht erarbeitet hat, schließt sich dieser Einschätzung weitgehend an: In dem Bericht wird festgestellt, dass sich das Engagement der Jugendlichen heute viel im unmittelbaren sozialen Nahfeld, in der Familie und in der Nachbarschaft vollzieht und sich stark auf informelle Gruppen wie Cliques stützt. „Die Jugendlichen suchen sich heute sehr genau die Bedingungen aus, unter denen sie etwas tun. Sie möchten sich nicht gerne auf Dauer verpflichten lassen oder sich in verkrustete Strukturen einfügen“, so Willems. Ein informelles Netzwerk eigne sich besser dafür, mehrere Aktivitäten in Einklang zu bringen, als das dauerhafte, verbindliche Engagement in Verbänden und Parteien. Letzteres sei in der Regel mit einem langwierigen Prozess verbunden, der frustrierend sein könne - wohingegen Jugendliche in informellen Gruppen eine unmittelbare Bestätigung erfahren. „Ich denke, man muss seitens der gesellschaftlichen und politischen Organisationen viel offener und flexibler auf die Rekrutierung von neuen Mitgliedern hinwirken“, meint der Jugendforscher. Die vorrangige Herausforderung, insbesondere für politische Parteien, aber auch für staatliche Institutionen und private politische Interessenverbände, bestehe darin, Jugendlichen genau dies zu bieten:

Möglichkeiten nicht eines langfristig festlegenden, sondern eines projektartigen Engagements. Das größte Problem bei all dem sei jedoch, dass ein Großteil der Migranten sich dieser ganzen Welt der politischen Partizipation noch überhaupt nicht geöffnet habe. „Um zu diesen Gruppen Zugang zu finden, müssen neue Wege beschritten werden“, stellt Willems fest.

Dieser Befund ist freilich kaum verwunderlich angesichts der Oligarchie der Luxemburger in politischen Entscheidungspositionen. Diese ist auch dadurch bedingt, dass den Ausländern - obwohl sie über 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen - zwar endlich das Gemeindewahlrecht zugestanden wurde, das nationale Wahlrecht jedoch weiterhin verweigert wird. Auch diese Tatsache bewirkt eine gewisse Politikmdigkeit bei den Erwachsenen und damit auch bei den Jugendlichen - und verstärkt letztlich das Gefühl: „Ich kann sowieso nichts machen“.

Wahlbeteiligung der Zugezogenen

Die Chancen der Partizipation hängen auch stark vom sozialen Hintergrund und anderen Herkunftsfaktoren, wie Migration, ab. Bei der Aufgabe, diese Unterschiede auszugleichen, kommt der Schule eine wichtige Rolle zu. „Viele Jugendliche verstehen die Sprache der Politik

DOSSIER

nicht mehr. Warum lesen die wenigsten eine Zeitung? Auch werden hier viele Fachbegriffe gebraucht, die man erst einmal begreifen muss", stellt die junge Cátia Gonçalves fest, die neben der Arbeit an ihrer Dissertation in Politikwissenschaften im Jugendparlament aktiv ist. Das Jugendparlament bietet seit November 2009 Jugendlichen zwischen 14 bis 28 Jahre eine Plattform, in der politische Beteiligung erfahren werden kann: Wie in einem richtigen Parlament werden in Kommissionen Resolutionen zu aktuellen Themen ausgearbeitet, die dann an die wirklichen Abgeordneten weitergegeben werden. „Das Problem ist, dass im Schulsystem diese politischen Fachbegriffe nicht gelehrt werden. Staatsbürgerkunde wird viel zu spät angeboten und ist zudem auf die Angelegenheiten des Landes beschränkt“, kritisiert Gonçalves. In der Tat gibt es Staatsbürgerkunde erst in den beiden letzten Jahren des Secondaire. Wenig verwunderlich also, dass auch die Ergebnisse der international vergleichenden Studie „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCS), die von der Uni an 5.000 SchülerInnen der 8. Klasse durchgeführt wurde, eher mäßig ausfielen: Spitzenreiter der ICCS-Studie ist Finnland, gefolgt von Dänemark - Luxemburg situiert sich im unteren Mittelfeld, noch hinter Chile, Lettland und Griechenland. Diagnostiziert wurde bei den SchülerInnen ein eher oberflächliches Wissen in politischer Bildung, auch sind sie vergleichsweise wenig an den internen Organisationsprozessen der Schule beteiligt.

Die Abhilfe hierfür sollte in Zukunft jedoch nicht darin bestehen, politische Bildung als ein weiteres Fach in das eh schon überfrachtete Unterrichtssystem zu stopfen, sondern dafür zu sorgen, dass sie durchgängig in den schon bestehenden Fächern präsent ist. Die Erziehungsministerin Mady Delvaux-Stehres zumindest gelobte in ihrer Stellungnahme Besserung: „Ich glaube persönlich, dass man schon ganz früh mit der Staatsbürgerkunde anfangen muss. Das kann man schon mit ganz kleinen Kindern bereden.“ Jedoch genüge es hierbei nicht, nur Wissen anzuhäufen und Stoff auswendig zu lernen. Die Aufgabe der Schule sei es auch, Kompetenzen zu vermitteln, die SchülerInnen befähigen, politische Zusammenhänge zu erfassen und einzuschätzen. Die Schulreform biete die Möglichkeit kompetenzorientiertes Lernen stärker zu valorisieren, indem etwa verstärkt interdisziplinäre Projekte in den Schulen durchgeführt werden. „Wir möchten, dass sich die Schulen mehr zur Gesellschaft hin öffnen und Akteure der Öffentlichkeit hereinlassen“, erklärt die Minis-

terin. Und: „Es ist klar, dass dieser Weg nicht leicht ist, denn er bedeutet eine Änderung in unseren Gepflogenheiten. Die Schule galt in Luxemburg lange als geschützter, geschlossener Raum.“

Partizipation in der Schule fördern

Statt graue Theorie also wieder mehr Lebenspraxis in den Schulklassen? „In den Schulen wird nicht gelehrt, dass es Gewerkschaften gibt. Es wird nicht thematisiert, wie das spätere Berufsleben aussieht und was Arbeitsrechte sind“, kritisiert Nico Clement, Verantwortlicher beim OGBL der Abteilung „Internationales“ und „Jugend“. Im Moment habe keine Gewerkschaft in Luxemburg eine nennenswerte Jugendsektion. Das liege auch daran, dass Jugendliche heute länger zur Schule gehen, erst recht spät ins Berufsleben kommen und sich auch erst dann für das Arbeitsrecht interessieren. Deshalb gebe es heute auch immer weniger Jugenddelegierte in den Betrieben. „Wir müssen wieder verstärkt Anstrengungen bei den 15- bis 25-jährigen machen, dass sie sich früh mit Gewerkschaftsstrukturen familiarisieren“, fordert Clement. Denn Arbeit wird in Zukunft zweifellos ein Thema sein, mit der sich die Jugend auseinandersetzen muss. Schon heute garantiert eine gute Ausbildung nicht unbedingt eine (gut bezahlte) Arbeitsstelle. „Partizipation in der Gesellschaft bedeutet zuerst, seinen Platz zu finden, und das hat auch mit Bildung und Arbeit zu tun“, weiß Georges Metz, Verantwortlicher des Service National de la Jeunesse (SNJ). Deshalb unterhält der SNJ neben einer Panoplie anderer Freizeitangebote Programme wie den „Service volontaire“, die dabei helfen sollen, den Übergang von der Schule zum Arbeitsleben zu meistern. Es handelt sich um Praktika auf nationalem und internationalem Niveau, die einen neuen Einblick in spezifische Berufe, aber auch in andere Lebensrealitäten gewähren.

Auch der junge Gilles Ramponi würde gerne neue Perspektiven eröffnen - allerdings auf der Ebene der Politik. Als politischer Mitarbeiter von Déi Lénk wehrt er sich gegen den Mythos, dass Politik etwas Komplexes und Kompliziertes sei, das Jugendliche grundsätzlich überfordert. „Für mich ist Politik Alltag, es ist die Schule, die Arbeit, die Umwelt. Es ist mein Bezirk, die Straße, die gerade gebaut wird, und der Bus, der morgens zu spät kommt“, so Ramponi. Bei Déi Lénk gebe es eine ganze Menge junger Erwachsener, die sich engagieren. „Wir definieren uns selbst auch eher als Bewegung und weniger als Partei“,



FOTO: JESSICA THEIS

Die Jugend in Schröglage - kein Engagement mehr? Von wegen. Das Angebot ist nur so groß. Eines davon ist das Jugendparlament, das Jugendlichen zwischen 14 bis 28 Jahren eine Plattform bietet, in der politische Beteiligung erfahren werden kann.

erklärt er das Prinzip von Déi Lénk, die zudem versuche, aktuelle Themen wie Umwelt, Nachhaltigkeit, neue Technologien, Kultur und so weiter, aufzugreifen.

Gerade politische Parteien müssen noch einige Anstrengungen unternehmen, wenn Jugendliche sich wieder stärker für sie interessieren sollen. Zum einen machen sich viele Politiker kaum die Mühe, Kinder und Jugendliche tatsächlich als Menschen mit eigenen Ansichten, Vorstellungen und Ansprüchen an die Zukunft zu sehen - schließlich gehören sie bis zum 18. Lebensjahr auch nicht zum Wahlvolk. Ob die Herabsetzung des Wahlalters eine Lösung wäre, erscheint fraglich. Zum anderen hat auch das Vertrauen in die Lösungskompetenz und in die Integrität der Parteien und der

PolitikerInnen insgesamt gelitten. Man denke nur an die Bankenkrise, bei der die Parteien eher reagiert als agiert haben. Manche Wähler fühlen sich ohnmächtig und entmündigt. Leider sieht das Grundgesetz keine alternativen Formen der Willenskundgebung, also zum Beispiel keine basisdemokratischen Prozeduren vor.

Eines zumindest scheint sicher: In Zukunft wird das Politische an Bedeutung zunehmen. Schließlich werden die nächsten Generationen jene sein, die nicht nur die Schuldenberge der Neuzeit abtragen, sondern auch mit der Ressourcenknappheit der Zukunft fertigwerden müssen.

INTERVIEW

„Vernetztes Denken fördern“

Christiane Walerich

SchülerInnen sind besorgt wegen ökologischer Probleme wie dem Klimawandel. Gleichzeitig ist ihr eigenes politisches Engagement für nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft nur schwach - so eine Uni-Studie zur „Nachhaltigen Entwicklung“, deren Autoren mehr politische Bildung an den Schulen fordern.

woxx: Was war das überraschendste Ergebnis der Studie?

Théid Faber: Was mich am meisten erstaunt hat, ist die Tatsache, dass viele Jugendliche dem individuellen Verhalten eine größere Wirksamkeit beimessen als politisch-gesellschaftlichen Aktionen. Die Jugendlichen sehen die Chance, strukturelle Veränderungen zu bewirken, eher bei der privaten Einwirkung auf gesellschaftliche Probleme als bei der politischen. Einerseits hängt das natürlich mit ihrer Sozialisierung zusammen. Andererseits ist es aber auch verbunden mit der grundsätzlichen Frage, welche Rolle die Schule bei der politischen Bildung spielt, sowie mit dem Verständnis, wie eine Gesellschaft funktioniert und wie man Einfluss auf ihre Gestaltung nehmen kann. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass Schüler Schwierigkeiten haben, verschiedene Aspekte eines Problems gegeneinander abzuwägen - etwa soziale und ökonomische Aspekte des Klimawandels mit der Gerechtigkeitsfrage zu verbinden. Den Jugendlichen fällt es schwer, einen Perspektivwechsel zu vollziehen. Deshalb muss es im Schulbereich in Zukunft auch stärker darum gehen, unterschiedliche Gesichtspunkte miteinander zu verknüpfen und vernetztes Denken zu fördern.

Kann man heute von Politikverdrossenheit bei den Jugendlichen reden - oder sind es eher die Parteien und Institutionen, die den Jugendlichen nicht mehr gerecht werden?

In unseren Schlussfolgerungen haben wir gemahnt, dass keine voreiligen

Schlüsse getroffen werden sollten. Die Tendenz geht zu schnell in Richtung Politikverdrossenheit. Ich glaube, die Rolle der Uni besteht darin, hier ansatzweise Ursachenforschung zu betreiben. Denn zuerst muss man verstehen, was Jugendliche mit dem Begriff Politik überhaupt verbinden: Ist das Parteienpolitik oder die Art, wie politische Entscheidungen getroffen werden - bezieht es sich auf das Engagement der Zivilgesellschaft? Aus der kürzlich von dem Erziehungsministerium und der Uni erstellten „International Civic and Citizenship Education Study“ geht hervor, dass die Beteiligung von Jugendlichen im Schulsystem im internationalen Vergleich niedrig ist. Jugendliche müssten somit stärker eingebunden werden, und zwar nicht nur im ausführenden Bereich, sondern auch auf der Ebene, auf der Weichenstellungen vorgenommen werden. Unsere Studie zeigt im Übrigen auf, dass in der Schule nur ein begrenzter Pro-

zentsatz der Jugendlichen mit gesellschaftlichen Akteuren zum Beispiel aus Nichtregierungsorganisationen oder der Wirtschaft in Kontakt steht. Dieser Umstand, zusammen mit der allgemeinen Problematik der Globalisierung und dem Gefühl, als Einzelnr politisch nicht viel bewirken zu können, erklärt wahrscheinlich das Ergebnis. Die Schlussfolgerung, die sich daraus ergibt, ist, dass sich die Schule mehr zur Gesellschaft hin öffnen muss. Aber auch das Engagement der Eltern ist für das der Jugendlichen von Bedeutung: Wenn die Eltern zum Beispiel in Nichtregierungsorganisationen aktiv sind, dann ist die Chance, dass auch ihre Kinder aktiv werden, größer. Hier ist die Schule gefordert, etwas gegen die Ungleichheit der Beteiligungschancen zu unternehmen. Daneben müsste Teilnahme nicht nur auf der Ebene der Schule, sondern auch auf der Ebene einer Gemeinde oder eines Stadtteiles gefördert werden.

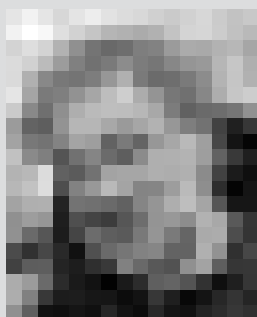
Wie könnte man die Teilnahme verbessern?

Der „Cycle supérieur“ der Sekundarschulen soll gerade reformiert werden. In der Regierungserklärung ist zudem die Forderung enthalten, dass die Schulen sich mehr öffnen sollen. Beides stellt eine Chance dar, die genutzt werden sollte. Doch die Reformen sollten nicht ausschließlich von oben bestimmt werden. In Zukunft soll den Schulen eine größere Autonomie zugestanden werden: Sie sollen ihr Entwicklungsprofil selbst definieren. Dafür muß jedoch das Erziehungsministerium den nötigen Freiraum schaffen, denn die Anwendung innovativer Methoden sowie eine Öffnung zur Gesellschaft hin ist in einem ausschließlich segmentierten Unterricht nicht oder kaum möglich. Sinnvoll wäre es, verstärkt Fächer übergreifende Projekte zu starten. Übrigens haben auch die Pisawerte im Bereich der Naturwissenschaften (2006) gezeigt, dass die Schule stärker von den Interessen der Jugendlichen und gesellschaftlichen Realitäten ausgehen muss, um Zusammenhänge zu vermitteln - statt ausschließlich vom Index eines Lehrbuches. Das Grundproblem ist letztlich immer das Gleiche: Es müssen Brücken zu den Interessen der Jugendlichen und zur Realität der Gesellschaft geschlagen werden.

Wird die Umsetzung der Resultate der Nachhaltigkeitsstudie evaluiert?

Die Studie ist im Kontext der UN-Dekade über Bildung und Nachhaltige Entwicklung gemacht worden. Hier wurde aufgrund eines Regierungsbeschlusses ein „Comité interministériel“, bestehend aus Vertretern der verschiedenen Ministerien, eingesetzt. Dieses hat einen Plan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ vorbereitet. Anfang 2011 soll dieser Entwurf mit diversen Akteuren diskutiert werden mit dem Ziel, eine regelrechte Strategie für nachhaltige Entwicklung zu entwickeln. Jedes Land muss eine solche Strategie bis 2014 umsetzen. Beim Thema nachhaltige Entwicklung geht es insbesondere um Gestaltungskompetenzen, die man den Jugendlichen an die Hand gibt. Es geht letztlich um Zukunftsgestaltung sowohl auf der persönlichen als auch der kollektiven Ebene. So betrachtet stellt dies auch einen Paradigmenwechsel gegenüber der klassischen Umwelterziehung dar, die eher rückwärtsgerichtet ist und auf Bewahrung statt auf Zukunftsgestaltung abzielt.

Zur Person:



Théid Faber studierte in Strasburg Biologie. Nach einigen Jahren als Lehrer im Sekundarunterricht übernahm er einen Posten am Institut Supérieur d'Etudes et de Recherches Pédagogiques. Von 1986 bis 2005 war er Verantwortlicher der Arbeitsgruppe „Eveil aux sciences“ im Auftrag des Erziehungsministeriums. Beruflich war er auch Mitinitiator der Umwelterziehungsprogramme in Hollenfels bzw.

des pädagogischen Dienstes des Naturhistorischen Museums. Zurzeit ist er Ass.-Professor an der Uni Luxemburg (Forschungseinheit EMACS). Seine Forschungsgebiete sind Bildung für nachhaltige Entwicklung und naturwissenschaftliche Grundbildung. 2008 führte er zusammen mit Dr. Thomas Boll (Forschungseinheit INSIDE) bei 827 SchülerInnen der Abschlussklassen klassischer und technischer Lyzeen eine Umfrage durch, die ein Teil des Forschungsprojektes „L'éducation au développement soutenable à l'école luxembourgeoise“ war. Dieses verdankte sein Zustandekommen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die auch Luxemburg verpflichtet, einen entsprechenden Aktionsplan zu erstellen. Auf ehrenamtlicher Ebene ist Théid Faber als Pionier der Umweltbewegung ein langjähriger Verantwortlicher des Mouvement écologique und heutiger Präsident des „OekoZenter Lëtzebuerg“.

Siehe: www.emacs.uni.lu/projects/sustainability